



Konrad
Adenauer
Stiftung



Europabüro · European Office · Bureau Européen

Neue Regierung in den Niederlanden

Dr. Peter Weilemann / Melanie Frank

Februar 2007

Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro, Avenue de l'Yser 11, B-1040 Bruxelles

 +32-2-743.07.43

 +32-2-743.07.49

 sekretariat@eukas.be

 <http://www.kas.de>

Nach langwierigen und beschwerlichen Verhandlungen haben sich der CDA (Christen Democratisch Appel), ChristenUnie und sozialdemokratische PvdA in den Niederlanden auf ein Regierungsprogramm verständigt. Jan Peter Balkenende (CDA) wird auch weiterhin den Ministerpräsidenten stellen. Die Parteivorsitzenden Wouter Bos (PvdA) und André Rouvoet (ChristenUnie) werden Teil des neuen Kabinetts: Vize-Ministerpräsident Bos soll das Finanzministerium übertragen werden und Rouvoet soll als Vize-Ministerpräsident das neu eingerichtete Ressort Jugend und Familie übernehmen. Vor den Wahlen hatten nur 4% der niederländischen Bevölkerung dieser Regierungskonstellation den Vorzug gegeben, doch nun stehen 64% der Bevölkerung laut Umfrage dieser Koalition wohlwollend gegenüber.

Das Motto der neuen Regierung lautet „zusammen arbeiten, zusammen leben“ (samen werken, samen leven). Dieses Motto bringe zum Ausdruck, dass die Koalition ihre gemeinsame Arbeit durch Respekt, Solidarität und Dauerhaftigkeit kennzeichnet, so Balkenende. Die CDA-Fraktion stimmte mit großem Enthusiasmus für die Regierungsvereinbarung. Balkenende betonte, dass die Fraktion sehr von dem Ergebnis eingenommen sei und eine enorme Motivation an den Tag gelegt hatte. Nach Ansicht interner Kreise hatte der sogenannte „Formateur“ Herman Wijffels (CDA) entscheidenden Anteil an dem schnellen Abschluss der Gespräche.

Das am vergangenen Mittwoch vorgestellte Ergebnis der Verhandlungen ist auf sechs „Pfeilern“ aufgebaut: Zunächst „internationale und europäische Angelegenheiten“, dann „Innovation“ sowie als drittes „Wettbewerb und Unternehmertum“. Zentrale Themen sind viertens „sozialer Zusammenhalt“ und fünftens „Soziales“. „Sicherheit und Stabilität“ sowie ein gut „funktionierender öffentliche Sektor“ stellen die beiden letzten Punkte dar.

Bei der im Wahlkampf völlig ausgeklammerten Thematik des europäischen Verfassungsvertrages wurde bei den Koalitionspartnern ein Formelkompromiss erzielt, bei dem unsicher ist, wie weit er trägt. Das neue Kabinett möchte zunächst keine erneute Volksabstimmung über den Verfassungsvertrag vornehmen. Stattdessen solle der Staatsrat sein Votum abgeben, ob allein das Parlament über den Vertrag zu entscheiden habe oder nicht. Somit ist ein weiteres Referendum zwar über den Verfassungsvertrag nicht wahrscheinlich. Gleichzeitig wird so auch die Frage um ein eventuelles neues Referendum verschoben, denn der Staatsrat soll nur dann befragt werden, wenn man sich auf europäischer Ebene auf einen neuen Vertragstext geeinigt hat. Dies bedeutet, solange keine veränderte

Textfassung des europäischen Verfassungsvertrages vorliegt, bleibt es weiterhin unklar, ob über einen neuen Text per Referendum abgestimmt wird. Jedoch drücken alle drei Koalitionspartner ihre Hoffnungen aus, dass der Staatsrat diesmal nicht zu einer Volksabstimmung rät. Des Weiteren stimmten die Koalitionspartner überein, dass man auf den Begriff „Verfassung“ verzichten solle und der geänderte bzw. neue Vertrag anders benannt werden müsse. Innerhalb des CDA bewegt sich jedoch seit längerem Einiges in Bezug auf den europäischen Verfassungsvertrag: Der CDA zeigt Bemühungen aus der selbstverschuldeten Isolation herauszukommen. Sollte der bisherige Fraktionsvorsitzende des CDA Maxime Verhagen das Außenministerium übernehmen, wäre dies ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Die Regierungsvereinbarung lässt, so der Führer des kleinsten Koalitionspartners, Rouvoet, bewusst viel „Rand und Raum“. Sie soll schnellstmöglich von den neuen Ministern auch in Zusammenarbeit mit den jeweiligen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen ausgearbeitet werden, denn der Dialog zwischen allen Beteiligten forme einen wesentlichen Bestandteil dieses Kabinetts, so die Koalitionspartner. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist noch nicht klar. Die künftige Regierung aus CDA, PvdA und ChristenUnie wird voraussichtlich Mitte der nächsten Woche von der niederländischen Königin vereidigt werden.

Zentrale innenpolitische Punkte der Regierungsvereinbarung sind zum einen Bildung, Umwelt, Kinderbetreuung und Gesundheit. In diese Bereiche wird das neue Kabinett 7 Milliarden Euro investieren. Gleichzeitig sollen Steuern um 3 Milliarden gesenkt werden. Im Bereich der Energiepolitik möchte das neue Kabinett Balkenende bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 30% verringern. Zum anderen werden wichtige Eckpunkte der Vereinbarung durch eine neue Regelung für Asylbewerber und der Möglichkeit zur Steuerabzugsfähigkeit von Hypothekenzinsen gestellt. Das neue Bleiberecht für Asylbewerber sieht eine Amnestie für 25 000 Asylbewerber vor, die zuvor abgewiesen worden waren, aber bereits vor 2001 in die Niederlande eingereist sind. Ein wichtiger Punkt ist auch die Reform des Rentenalters: Personen, die vor der Erreichung des 65. Lebensjahres in Rente gehen, müssen ab 2011 bei einer Jahresrente ab 15 000 Euro Zusatzabgaben leisten. Der öffentliche Sektor und die Verwaltung sollen zudem funktionsfähiger gemacht und gestrafft werden, es sollen 750 Millionen Euro an Personalkosten eingespart werden.

Das vorherige Kabinett Balkenende verschrieb sich zuletzt vor allem einem Sanierungs- und Privatisierungskurs, nun scheint die neue Regierung von dieser Linie abzurücken. Schon in der Wahlnacht hatte Balkenende angekündigt, dass man künftig mehr in die „Verstärkung des sozialen Zusammenhalts“ investieren wolle. Bei den zukünftigen Oppositionsparteien stößt die Regierungsvereinbarung auf Kritik. Der CDA bezahle, so der ehemalige Koalitionspartner VVD (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie), einen zu hohen Preis, denn die Sozialdemokraten hatten sich mit ihrer Forderung nach einer Rentenreform durchgesetzt. Diese Belastung höherer Pensionseinkommen war in der Tat der schwerste Brocken für Ministerpräsident Balkenende. Auf Druck der Sozialdemokraten einigte sich die neue Regierung zudem auch beim Bleiberecht für Asylsuchende. An dieser Frage war die vorherige Koalition von CDA und VVD zerbrochen. Festzuhalten ist, dass der CDA seine Politik im Bereich der Gesundheitsreform durchsetzte. Die Gesundheitsreform war erst im Januar 2006 in Kraft getreten und bleibt nun, abgesehen von einigen kleineren Veränderungen, in ihrer Struktur unangetastet.

Die in der ersten Runde der Koalitionsverhandlungen gescheiterte sozialistische Partei SP meint, dass gerade die Sozialdemokraten (ihr größter Konkurrent) in der Koalition habe „draufzahlen“ müssen. Der CDA habe sich mit dem aktuellsten und umstrittensten Thema der niederländischen Innenpolitik, die Möglichkeit zur Steuerabsetzung einer Hypothek für Hauseigentümer, durchgesetzt. Der dritte Koalitionspartner, die ChristenUnie (mit sechs Mandaten im niederländischen Parlament) hat auf seine Forderungen nach Abschaffung von Sterbehilfe, Abtreibung und Homosexuellenehe in der Regierungsvereinbarung verzichtet.

Nach den Parlamentswahlen am 22. November 2006 waren Ministerpräsident Balkenende und seine Partei, die CDA (Christen Democratisch Appel), zwar bestätigt worden, es wurde jedoch kein eindeutiges Mandat für die Bildung einer Regierungskoalition erteilt. Von welcher Koalition die Niederlande nun regiert werden sollten, stand lange offen. Die Fortsetzung der vor den Wahlen bestehenden Minderheitsregierung aus CDA und VVD war aufgrund der Stimmenverluste beider Parteien schwer möglich. Auch eine linke Koalition aus PvdA, SP und GroenLinks hat keine Mehrheit im Parlament.